

DROHNEN IM NEBEL

Grafik: pressecheck 8.2026

pressecheck | Deutschland im freien Fall

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch



Wer Millionen Bürger indirekt zu nützlichen Idioten einer fremden Macht erklärt, darf sich nicht wundern, wenn diese Bürger sich von der politischen Mitte endgültig verabschieden. Die Bürger glauben ihrer Regierung nicht mehr. Man kann eine Partei bekämpfen. Aber man darf niemals gegen das eigene Volk regieren.

Basel, 3. September 2026. Kommentar von Roland Keller

Wenn ein Staat – oder genauer: seine politisch absteigende Elite – unter Druck gerät, beginnt sie selten mit Selbstkritik. Sie beginnt mit Gegenangriffen.

Je größer der Vertrauensverlust, desto aggressiver wird die politische Rhetorik. Bedrohungen werden beschworen, Gegner dämonisiert, Warnungen dramatisiert. Und wenn die eigenen politischen Argumente nicht mehr überzeugen, wird der politische Gegner selbst zur Gefahr für den Staat erklärt.

Genau diesen Eindruck vermittelt die politische Lage in Deutschland. Am Wochenende wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Die AfD liegt in den Umfragen bei rund 53% (Umfrage 2.9.2026). Sollte sich diese Größenordnung an der Wahlurne bestätigen, wäre das ein politisches Erdbeben. Nicht weil die AfD plötzlich Deutschland übernommen hätte, sondern weil ein solcher Wert die etablierten Parteien mit voller Wucht mit einer Tatsache konfrontieren würde:

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung glaubt ihnen nicht mehr. Das ist der eigentliche Skandal. Nicht die AfD ist das Problem, sondern der Vertrauensverlust, der sie so stark gemacht hat.

Friedrich Merz hat vor seiner Wahl Erwartungen geweckt und politische Versprechen abgegeben, an denen sich seine Regierung messen lassen muss.

Was danach folgte, wirkt zunehmend wie eine Mischung aus politischem Lavieren, Beschönigung, widersprüchlichen Aussagen und dem Versuch, unangenehme Realitäten kommunikativ zu überdecken.

Regieren ist das nicht. Es ist politische Verwaltung im Krisenmodus.

Und während die Regierung versucht, die Restbestände ihrer verblichenen Autorität zu retten, wächst genau das politische Lager, das sie eigentlich bekämpfen will.

Das ist das politische Paradoxon dieser Situation:

Je verzweifelter die etablierten Parteien versuchen, die AfD zu delegitimieren, desto stärker kann sie davon profitieren.

Wenn die Argumente ausgehen, werden alle Fake-Register gezogen: Russland, hybride Kriegsführung, Sabotage, Drohnen, Angriffe auf kritische Infrastruktur, Bedrohung der Demokratie.

Natürlich existiert hybride Kriegsführung. Aber dies praktizieren alle Nationen.

Natürlich gibt es Spionage, Sabotage und Desinformation. Natürlich müssen kritische Infrastrukturen geschützt werden. Aber zwischen einer realen Bedrohung und ihrer politischen Instrumentalisierung liegt ein gewaltiger Unterschied. Und genau hier wird es gefährlich.

Die sogenannte „Leipziger Drohne“ hat gezeigt, wie schnell aus einem Vorgang ein politisches Narrativ entstehen kann, bevor die tatsächlichen Hintergründe vollständig geklärt sind. Nun folgen vor der Landtagswahl Meldungen über Angriffe beziehungsweise Sabotageakte gegen Energieanlagen und Umspannwerke. Sollte dahinter tatsächlich eine koordinierte ausländische Operation stehen, wäre das ernst zu nehmen und konsequent aufzuklären. Beweise? Fehlanzeige.

Aber wenn die Beweislage so dünn ist, darf aus einer Vermutung keine politische Gewissheit konstruiert werden. Angst ist ein hervorragendes politisches Werkzeug. Und genau deshalb muss man besonders vorsichtig damit umgehen. Das Problem ist, dass immer weniger Menschen bereit sind, sich politisch über Angst steuern zu lassen.

Wer dem Bürger ständig erklärt, dass überall der Feind lauert, muss irgendwann belastbare Antworten liefern. Wer Russland für jede politische oder gesellschaftliche Fehlentwicklung verantwortlich macht, muss eindeutige Beweise vorlegen.

Folgenlose Drohnenangriffe, Angriffe auf kritische Infrastrukturen und plötzlich eine auffällige Häufung solcher Vorfälle unmittelbar vor Wahlen. Gleichzeitig werden die wirtschaftlichen Hiobsbotschaften – allen voran die Krise bei Volkswagen – kleingeredet, während Deutschland Jahr für Jahr wertvolle Fachkräfte und damit seine wirtschaftliche Substanz verliert. Zufall? Mag sein. Politisch auffällig ist es allemal. Denn während die Regierung mit Bedrohungsszenarien beschäftigt ist, bröckelt Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich weiter.

Die Frage aller Fragen ist: Von was will die Regierung ablenken?

Wer die AfD als unmittelbare Gefahr für Deutschland darstellt, muss erklären, warum Millionen Menschen trotzdem bereit sind, sie zu wählen. Die Antwort darauf kann nicht immer lauten:

Die Wähler sind manipuliert. Irgendwann muss man sich die unangenehme Frage stellen:

Vielleicht haben die Wähler einfach von der Regierung die Nase voll.

Vielleicht haben sie genug von politischen Belehrungen.

Vielleicht haben sie genug von Versprechungen, die nicht eingehalten werden.

Vielleicht haben sie schlicht die Nase voll.

Der bequemste politische Reflex lautet inzwischen: Wenn die AfD stark wird, muss Russland dahinterstecken. Das ist eine bemerkenswert einfache Erklärung für ein ausgesprochen kompliziertes politisches Problem. Natürlich versucht Russland, Einfluss auf westliche Gesellschaften auszuüben. Das wäre naiv zu bestreiten. Aber daraus folgt nicht, dass jeder AfD-Wähler ein russischer Einflussagent ist. Und genau diese Gleichsetzung ist politisch brandgefährlich.

Denn wer Millionen Bürger indirekt zu nützlichen Idioten einer fremden Macht erklärt, darf sich nicht wundern, wenn diese Bürger sich von der politischen Mitte endgültig verabschieden. Man kann eine Partei bekämpfen. Man kann ihre Programme kritisieren. Man kann ihre politischen Positionen zerlegen. Aber man sollte nicht versuchen, ihre Wähler zu entmündigen. Die etablierten Parteien stehen deshalb vor einem Problem, das sie selbst verursacht haben.

Sie wollten die AfD kleinhalten. Sie haben sie groß gemacht. Sie wollten sie isolieren. Sie haben sie zum Mittelpunkt der politischen Debatte gemacht. Sie wollten verhindern, dass über ihre Themen gesprochen wird. Jetzt dreht sich die gesamte politische Diskussion um genau diese Themen.

Und währenddessen verspielt die Regierung Zeit, Vertrauen und politische Glaubwürdigkeit. Das ist kein russischer Erfolg. Das ist ein deutscher politischer Fehler.

Die Regierung irrt und wirrt – und die AfD sammelt die politischen Trümmer ein.

Wenn gar nichts mehr funktioniert, bleibt noch ein letzter Versuch: Man erklärt die AfD zur russischen Hilfstruppe. Sie wolle Deutschland ruinieren. Sie sei ein Werkzeug Moskaus.

Sie gefährde die Demokratie. Das ist politisch bequem. Aber es ersetzt keine politische Auseinandersetzung. Und es lenkt von der entscheidenden Frage ab:

Warum ist diese Partei überhaupt so stark geworden?

Die Antwort darauf findet sich nicht im Kreml. Sie findet sich in Berlin. Sie findet sich in den wirtschaftlichen Problemen, in der Energiepolitik, in der Migrationspolitik, in der zunehmenden Bürokratie, in einer Politik, die den Bürgern ständig neue Belastungen erklärt und gleichzeitig von ihnen erwartet, dass sie dafür dankbar sind.

Rot-Grün hat dabei erheblichen politischen und wirtschaftlichen Schaden angerichtet.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat es bislang nicht geschafft, diesen Kurs überzeugend zu korrigieren.

Und deshalb ist die Situation heute so grotesk:

Die etablierten Parteien warnen vor der AfD – und liefern ihr gleichzeitig Argumente. Sie bekämpfen sie – und vergrößern ihre Reichweite. Sie erklären ihre Wähler zu Opfern russischer Einflussnahme – und treiben dadurch möglicherweise noch mehr Menschen in ihre Arme.

Das ist keine Strategie. Das ist politische Selbstzerstörung.

Und deshalb bleibt am Ende eine einzige, unangenehme Frage: Wenn die AfD tatsächlich nur halb so schlecht ist, wie ihre Gegner behaupten – warum gelingt es den etablierten Parteien dann nicht, überzeugend zu zeigen, dass sie selbst besser sind?

Vielleicht liegt genau darin das eigentliche Problem.

Nicht in Moskau.

Nicht bei den Drohnen.

Nicht in irgendwelchen geheimen russischen Operationen.

Sondern in der politischen Bilanz derjenigen, die Deutschland heute regieren.

Denn wenn die AfD tatsächlich das umsetzt, was sie ihren Wählern verspricht, könnte sich die politische Debatte irgendwann auf einen einzigen Satz reduzieren:

Schlechter als die bisherigen Regierungen kann man es kaum machen.